

Schneck unterstützt Tarifforderungen der IG Metall

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G

Zur Zeit laufen die ersten Verhandlungsrunden der IG Metall mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Bisher lehnen die Arbeitgeber die Forderung der IG Metall von 8 Prozent Gehaltserhöhungen ab. Sie begründen dies vor allem mit der aktuellen Finanzmarktkrise. Auch die Kolleginnen und Kollegen bei Continental Teves in Gifhorn sind davon betroffen. Wenn bei der heutigen Verhandlungsrunde keine Einigung erzielt wird, wird es auch in Niedersachsen zu Streikaktionen der IG Metall kommen. Dazu erklärt der SPD Landtagsabgeordnete und DGB Kreisvorsitzende Klaus Schneck:

„Die Forderungen der IG Metall sind nicht nur berechtigt, sondern wären auch ein wichtiger Beitrag, um aus der aktuellen Krise wieder herauszukommen. Angesichts der Finanzmarktkrise ist es ökonomisch vernünftig mit höheren Einkommen die Nachfrage am Binnenmarkt zu beleben. In den vergangenen Jahren sind die Lohnabschlüsse so gering ausgefallen, dass es in Deutschland als einzigem Industrieland sogar zu Reallohnverlusten gekommen ist. Mit Personalkostensenkung mitten in einer internationalen Finanzkrise, die die Kaufkraft stranguliert, würden einzelbetrieblich egoistische Interessen zu Lasten makroökonomischer Vernunft durchgesetzt werden. Nachfragerückgänge, die durch die Kreditkrise bedingt sind, kann man nicht durch Lohnzurückhaltung bekämpfen.

Neben vernünftigen Lohnabschlüssen ist es jetzt notwendig eine Finanzstruktur zu schaffen, die das Diktat der Finanzmärkte beendet und das Primat der Politik über die Ökonomie wieder herstellt. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung neben dem Schutzschirm für Banken nun auch einen Schutzschirm für Arbeitsplätze durch Investitionen in Umwelt und Arbeit aufspannt. Wir brauchen mehr Zukunftsinvestitionen des Staates in Bildung und Wissenschaft. Aber vor allem brauchen wir den Vorrang der Realwirtschaft vor dem Finanzkapital. Zudem muss die Privilegierung der Finanzbranche korrigiert werden. Die Wiedereinführung von Steuern auf Gewinne aus Beteiligungsverkäufen ist ebenso geboten wie die angemessene Besteuerung von Kapitaleinkünften. Die Gesellschaft wird es nicht hinnehmen, wenn die Lösung der Finanzmarktkrise nach dem Prinzip erfolgt - Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.“